

möglich ist, sie als wesentlich für den Glauben der Christen zu erklären.

d) Der Anspruch, daß der Papst unmittelbare universale Jurisdiktion besitze, deren Grenzen nicht klar umschrieben sind, ist für Anglikaner eine Quelle von Befürchtungen; es scheint ihnen, daß auf diese Weise einem illegitimen und unkontrollierten Gebrauch dieser Vollmacht keine Schranke gesetzt ist. Es bleibt allerdings zu betonen, daß nach der Absicht des I. Vatikanischen Konzils die päpstliche Autorität nur zur Aufrechterhaltung und niemals zur Schwächung der ortskirchlichen Strukturen eingesetzt werden soll. Heute bemüht sich die römisch-katholische Kirche, die juristische Denkweise des 19. Jahrhunderts durch eine mehr pastorale Sicht der Autorität in der Kirche zu ersetzen.

25. Trotz der damit genannten Schwierigkeiten glauben wir, daß diese Erklärung über die Autorität in der Kirche eine bedeutsame Annäherung darstellt, die weitreichende Konsequenzen nach sich zieht. Schon eine geraume Zeit haben Theologen in unseren beiden Traditionen, ohne ihnen gegenüber die Treue zu verletzen, in gemeinsamen Problemen gemeinsame Methoden angewandt. Auf diese Weise haben sie gelernt, die alten Probleme immer mehr in einem neuen Horizont zu sehen, und haben eine gegenseitige theologische Annäherung beobachtet, die sie selbst oft überraschte.

In unseren drei Gemeinsamen Erklärungen haben wir uns bemüht, hinter die gegensätzlichen und festgefahrenen Standpunkte vergangener Kontroversen zurückzugehen. Wir haben versucht, uns ein Urteil darüber zu bilden, um welche Dinge es bei ihnen

eigentlich ging. Oft haben wir es bewußt vermieden, das polemische Vokabular vergangener Auseinandersetzungen zu verwenden – nicht um den eigentlichen Schwierigkeiten, die diese verursachten, aus dem Wege zu gehen, sondern weil die aufreizende Wirkung einer solchen Redeweise die Wahrheit oft verdeckt hat. Die lehrmäßige Annäherung, die wir erfahren haben, bietet für die zukünftigen Beziehungen unserer Kirche die Hoffnung, daß auch die verbleibenden Schwierigkeiten gelöst werden können.

Schlußbemerkung

26. Der Malta-Report von 1968 sah die Annäherung der römisch-katholischen Kirche und der Kirchen der Anglikanischen Gemeinschaft als „Wiederherstellung der Einheit in verschiedenen Stadien“. Wir haben nun Übereinstimmungen erreicht über die Lehre von Eucharistie, vom Amt und, von den Einschränkungen in Abs. 24 abgesehen, von der Autorität. Übereinstimmungen in der Lehre als Ergebnis theologischer Kommissionen können allein das Ziel der christlichen Einheit freilich nicht verwirklichen. Demgemäß unterbreiten wir unsere Erklärungen unseren jeweiligen Autoritäten, damit sie prüfen, ob die Erklärungen nach ihrem Urteil in jenen zentralen Fragen eine Einheit auf der Ebene des Glaubens bekunden, die jetzt bestimmte Schritte nicht nur rechtfertigen, sondern fordern – um so eine engere Gemeinsamkeit zwischen unseren beiden Gemeinschaften in Leben, Gottesdienst und Verkündigung einzuleiten.

Länderbericht

Fortschritt durch Unterdrückung?

Erfolge und Folgen des Wirtschaftskampfes Boliviens

Mit einer Reihe von Superlativen kann Bolivien aufwarten, doch die wenigsten davon bringen dem Lande irgendeinen Nutzen. So hat es mit La Paz die höchste Hauptstadt (3700 m) mit dem höchstgelegenen Flugplatz (4100 m) ebenso zu verzeichnen wie die höchste Schmalspurbahn der Welt (bis 4780 m). Bolivien ist das einzige Land Lateinamerikas ohne einen Zugang zum Meer, es zählt zu den Ländern des Kontinents mit dem größten Reichtum an Bodenschätzen und ist doch zugleich das zweitärmste Land Südamerikas. Es ist zwar viermal so groß wie die Bundesrepublik, hat aber nur ca. zweimal soviel Einwohner wie Schleswig-Holstein, nämlich nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung im vorigen Jahr 4,8 Millionen. Fast die Hälfte seines Territoriums hat Bolivien seit 1825 durch verlorene Kriege mit seinen Nachbarn eingebüßt. Es ist das einzige Land Lateinamerikas, in dem noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung Indios sind. Bolivien erhielt 1825 als letztes Land die Unabhängigkeit und hat seitdem die meisten Putsche und Präsidenten gehabt. Im

Durchschnitt hat kein Präsident länger als 9 Monate regiert, rund ein Drittel wurde ermordet. Heute gilt bereits die 15. Verfassung und der derzeitige Präsident, *Hugo Banzer Suárez*, ist der 149. in der Nachfolge des Staatsgründers *Simón Bolívar*.

Ein zwiespältiges Urteil

Daß Präsident Banzer, der am 22. August 1971 nach blutigen Kämpfen bei seinem zweiten Putschversuch siegreich in La Paz einzog, bis heute die Geschicke des Landes leitet, wird von der Opposition als Verhängnis, von Wirtschaftskreisen und vielen ausländischen Beobachtern dagegen als derzeit beste Lösung angesehen. Die ersten sehen die Mißachtung der Grundrechte und der Verfassung, die zweiten dagegen die seit langem erstmals gegebene Situation, daß für die Entwicklung des Landes langfristig geplant werden kann und Kontinuität gewahrt ist. Wie Banzer selbst seine

Aufgabe sieht, erklärte er unmißverständlich am 6. Mai 1976 bei einer Versammlung in Potosí. In seinen Ausführungen über Entwicklungsprojekte der Regierung fanden sich u. a. folgende Sätze: „Unser unbezwingbares Volk, das unsere höchsten Werte schützt, tritt den extremistischen Zielen der Zerstörung der echten Grundlagen unserer Nation entschieden entgegen ... Die Unterstützer der Gewalt, die das Verbrechen fördern und verankern wollen, die, die den Haß unter Brüdern säen wollen – sie alle haben heute eine krasse Zurückweisung ihrer ruchlosen Ziele erfahren. Der Grund dafür liegt darin, daß das Volk von Potosí ebenso wie das ganze bolivianische Volk gereift ist und sich der Tatsache bewußt ist, daß das Land keinen Rückschritt machen kann, jetzt, wo es auf dem Weg seines echten Fortschritts und der wahren Größe vorwärts schreitet. Wir können nicht in jene Zeit zurück, in der das Verbrechen eine Institution war und Verleumdungen, Entführungen, Lügen und Haß vorherrschten.“

Nimmt man nur wenige Sätze aus der Vielzahl von Verlautbarungen der katholischen Bischöfe Boliviens seit 1971, so zeigt sich schnell, daß dieses positive und optimistische Bild, das der Präsident zeichnet, nicht nur umstritten, sondern irreführend und falsch ist. So ist nach Meinung der Bischöfe nicht zu leugnen, daß viele Bolivianer wegen ihrer oppositionellen Einstellung seit langem inhaftiert sind, daß Menschen in den Gefängnissen gefoltert werden, daß der Zuwachs an Wohlstand nur einer kleinen Schicht zukommt, während „die große Mehrheit der Bolivianer in der Kälte bleibt“, ja schließlich, daß „eine materialistische Konsumgesellschaft“ angestrebt wird, bei der „des Vaterlands Gemeinwohl“ ebenso außer acht gelassen wird wie „die christliche Nächstenliebe“ (zit. nach NCNS, 28.12.76). Die Bischöfe prangerten zum Abschluß ihres Jahrestreffens im November vorigen Jahres in Santa Cruz außerdem die Unterdrückung von politischen und gewerkschaftlichen Gruppen sowie die Ausschaltung des Kongresses an. Der von Präsident Banzer oft beschworene „soziale Friede“ zur Rechtfertigung restriktiver Maßnahmen entbehre jeglicher solider Fundamente. „Echter Fortschritt“ und „wahre Größe“ stehen hier also dem Vorwurf der Unterdrückung, der Bevorzugung einer Minderheit und der Anwendung restriktiver Maßnahmen gegenüber.

Ähnlich unterschiedlich fällt auch die Beurteilung der gegenwärtigen Regierung außerhalb des Landes aus. So konnte man fast zur gleichen Zeit folgende gegenteiligen Auffassungen in deutschen Publikationen finden. Am 19. Juli 1976 hieß es im von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ herausgegebenen „Blick durch die Wirtschaft“ u. a.: „Trotz Schwierigkeiten geht es in Bolivien langsam aufwärts. Ein negativer Ausdruck dessen ist die jüngste Eskalation der Tätigkeit subversiver Elemente in Form von Unruhen, Streiks, Bombenattentaten. Diese Aktivisten sehen nämlich etwas entstehen, was für ihre Pläne fatal wäre: Stabilität und Fortschritt.“ Im „Bericht über Bolivien“ dagegen, im gleichen Monat von „Amnesty International“ in Deutschland herausgegeben, finden sich ein am

1. Februar 1974 von der katholischen bolivianischen Tageszeitung „Presencia“ wiedergegebenes Zitat Banzers („Jeden kommunistischen Agitator ... könnt ihr – ... ich ermächtige euch dazu – umlegen. Wo nicht, bringt ihn zu mir, damit ich das besorge ...“) und die Schlußfolgerung: „Bolivien bezahlt das, was sich dem oberflächlichen Beobachter äußerlich als Stabilität darstellt, mit einer extremen Repression im Innern. Diese richtete sich ursprünglich besonders gegen die marxistische Linke, unterdrückt aber mit zunehmend diktatorischen Methoden mittlerweile jede Form von Opposition. Vergiftet wird das innenpolitische Klima vor allem dadurch, daß die Regierung inzwischen jede Form der Kritik als kommunistische Verschwörung diffamiert und sich zu entsprechender Härte verpflichtet glaubt.“

Ständige Kursänderungen

Nach dem Putsch 1971 hatte Banzer zunächst versucht, die beiden bis dahin total verfeindeten größten Parteien Boliviens, nämlich die Großgrundbesitzer- und Industriellenpartei Falange Socialista Boliviana (FSB) und die der Kleinbauern, Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) in Form einer „Nationalen Volksfront“ zusammenzubringen. Doch gelang dies nur vorübergehend. Zielsetzung und Interessen beider Parteien waren zu konträr. Die Gegensätze innerhalb der Parteien verstärkten sich aber auch dermaßen, daß sie selbst in viele Fraktionen zerbrachen. Obwohl nach 1971 die gesamte Linke und bürgerliche Politiker, die sich nicht der politischen Linie Banzers anschließen konnten, entweder verhaftet wurden oder sich ins Exil absetzen mußten, fanden sich 1974 erneut Kräfte, die mit einem Putsch dem Banzer-Regime ein Ende bereiten wollten. Diesen mißglückten Versuch einer Kursänderung nahm der Präsident zum Anlaß, mit Wirkung vom 9. November 1974 sämtliche Parteien und Gewerkschaften (bis auf die der Bergarbeiter) zu verbieten. Seither gibt es ein *Militärkabinett*, in das erstmals im vergangenen Jahr zwei Zivilisten aufgenommen wurden. Allgemeine Wahlen waren ursprünglich für 1974, dann für 1976 versprochen worden. Heute heißt es allgemein, 1980 sollten wieder Wahlen stattfinden, dann allerdings nicht auf der Basis von Parteien. Vor einer Gruppe deutscher Journalisten erklärten Regierungsmitglieder im Dezember 1976, man tue derzeit alles, um neue politische Führungskräfte auszubilden. Diese hätten nichts mit den traditionellen Parteien zu tun, seien dafür aber echte Fachkräfte. Dies entspreche bolivianischer Tradition und Mentalität eher als die von außen importierte Parteiendemokratie. Dabei waren es politische Parteien, die in Bolivien die ersten grundlegenden Reformen durchführten und die verfilzte feudalistische Struktur aufbrachen. Die von *Paz Estenssoro* 1941 als Reaktion auf einen erneut von den tonangebenden „Zinnbaronen“ angezettelten und verlorenen Krieg gegründete MNR entwickelte sich damals zu einer bedeutsamen politischen Kraft, in der sich alle Unzufriedenen zusammenschlossen. Unter dem Motto des Natio-

nationalismus setzte sich seine Bewegung das Ziel, die Verstaatlichung der Bergwerke und eine Landreform durchzusetzen. Mit großer Unterstützung der Minenarbeiter unter Führung von *Juan Lechin* gelang ihm 1952 der Wahlsieg aus dem Exil heraus. Die Ablösung der herrschenden Militärjunta und die folgenden tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche kann man als eine der wenigen sozialen Revolutionen Lateinamerikas einstufen. Damals wurden die Zinnminen verstaatlicht und in der Einheitsgesellschaft COMIBOL zusammengeschlossen. Die Gewerkschaften erhielten darin ein beachtliches Mitspracherecht eingeräumt. Wichtiger für die Mehrzahl der Bevölkerung, die bis heute zum überwiegenden Teil in der Landwirtschaft tätig ist, war die Agrarreform, bei der das Landproletariat zu Kleinbauern wurde, indem die Großgrundbesitzer enteignet und ihr Grund und Boden an die *Campesinos* verteilt wurde. Schließlich erhielten 1952 erstmals alle Bolivianer ein allgemeines und gleiches Wahlrecht eingeräumt, obwohl die Voraussetzungen dafür wegen der enormen Analphabentequote nicht besonders günstig waren.

Bis 1964 dauerte die zivile Phase, danach lösten sich wieder Militärregimes teils linker, teils rechter Prägung ab. Manche Errungenschaften gingen dadurch wieder verloren, viele Hypothesen der Vorgänger hat die heutige Regierung übernehmen müssen. Nach außen immer wieder bekundete Hauptziele der Regierung Banzer sind die Sicherung der inneren Ruhe, die Durchsetzung eines Zugangs zum Meer und ein allgemeiner Aufschwung der Wirtschaft – Ziele also, die seine Vorgänger ebenfalls als bestimmend herausgestellt hatten. Hauptkritiker des Kurses sind die *Minenarbeiter* und *Studenten* sowie die katholische Kirche. Lediglich bei der Frage des Zugangs zum Meer sind sich alle Gruppierungen einig.

Der Zugang zum Meer als Prüfstein der Regierungen

Hier bricht das nationalistische Element noch einmal stark durch. Was anderen Regierungen zuvor nicht gelungen war, erreichte Banzer wenigstens in Ansätzen. Bereits 1973 verlautete, geheime Verhandlungen zwischen Bolivien und Chile hätten ein erstes Ergebnis gebracht, das die Möglichkeit zu einem Kompromiß biete. Gedacht ist an einen schmalen Streifen Land an der bolivianisch-peruanischen Grenze, der Bolivien im Tausch gegen ein anderes Stück Territorium und gegen eine Reihe von Handelsbegünstigungen übertragen werden soll. Damit würde der seit 1883 nach dem sogenannten Salpeterkrieg bestehende Zustand eines Binnenlandes aufhören. „Salida al mar“ ist zu einem Slogan geworden, der so manche politische Diskrepanz zu überdecken in der Lage ist. Einmal jährlich wird ein Tag des Meeres gefeiert, eine eigene Flotte, ja sogar eine Marine wurden bereits gegründet, die derzeit jedoch noch mit wenigen Schiffen auf verschiedene Flüsse und auf den Titicacasee angewiesen sind.

Die anfängliche Begeisterung über eine sich anbahnende Lösung der Frage ist inzwischen wachsender Skepsis gewichen, da die chilenischen Bedingungen allein von finanzieller Seite her fast unerfüllbar für Bolivien sind. Außerdem sperrt sich Peru gegen die angestrebte Lostrennung des Grenzstreifens zwischen Chile und Peru zugunsten des Nachbarn Bolivien, weil dieses Gebiet ursprünglich peruanisch war. In dem entsprechenden Friedensabkommen, das Chile die Herrschaft darüber zusprach, ist ausdrücklich vermerkt, daß das Land nicht an Dritte abgetreten werden darf. Durch den Austritt Chiles Ende Oktober 1976 aus dem *Andenpakt*, der 1969 gegründet worden war, um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und einer gemeinsamen Entwicklungspolitik zwischen Chile, Peru, Bolivien, Ecuador und Kolumbien einzuleiten, hat sich die Aussicht auf eine Einigung weiter verschlechtert. Das führte mittlerweile so weit, daß der Oberkommandierende der bolivianischen Armee, General *Raul Alvarez Penaranda*, seine Landsleute vor der Gefahr eines Krieges warnte und zu erhöhter Verteidigungsbereitschaft aufrief. Er verwies dabei auf die Rüstungsanstrengungen der Nachbarländer Chile und Peru. Diese echte oder vorgegebene Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung spiegelt sich inzwischen auch im Haushaltsplan für 1977 wider. Die Militärregierung sieht darin eine *Steigerung der Ausgaben für Verteidigung* um 8,5 Millionen US-\$ auf 75 Millionen US-\$ vor bei einem Haushaltsvolumen von 2,33 Milliarden US-\$. Manche Pläne für die Entwicklung des Landes werden diese Ausgabenverlagerung zu spüren bekommen. Allerdings erhält Bolivien – im Gegensatz zu seinem Nachbarn Brasilien – auch weiterhin Militärhilfe von den USA. Für dieses Jahr ist eine Summe von 23 Millionen US-\$ angesetzt.

Die Einheitsfront in dieser Frage, die zum eigentlichen Prüfstein für jede Regierung seit 1883 geworden ist, ist sicherlich beachtlich, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß tiefe Konflikte und teilweise brutale Behandlung politischer Gegner weiter den Alltag in Bolivien bestimmen. Zwar sind längst nicht mehr Tausende politische Häftlinge wie in den ersten Jahren des neuen Regimes zu verzeichnen, doch mehrere hundert sind es auch heute noch. Offiziell wird natürlich immer wieder betont, politische Häftlinge gebe es nicht. Lediglich der 32jährige zivile Familien- und Jugendminister *Rodolfo Greminger Durán* gab im Dezember 1976 gegenüber der bereits erwähnten deutschen Journalistengruppe zu, daß es politische Häftlinge gibt. Die Jugend sei aufgrund ihrer Jugend immer gegen das Bestehende. Zu sagen, es bestünde keine Opposition, wäre eine Lüge. Neuerdings werde aber miteinander gesprochen. So habe er z.B. regelmäßigen Kontakt mit „linken Jugendlichen“. Der Planungsminister meinte bei gleicher Gelegenheit, im Exil befänden sich augenblicklich lediglich 100 bolivianische Oppositionelle. Diese könnten zurückkehren, „wenn sie nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind“ ... Die Weihnachtsamnestie 1976 für 70 politische Gefangene gab im übrigen Amnesty International und den Kirchen recht.

Die Bergarbeiter bleiben oppositionell

Die *Gewerkschaftsführer* sind inzwischen durch sogenannte „staatliche Koordinatoren“ ersetzt. Lediglich die Bergarbeitergewerkschaft konnte sich bis Mitte 1976 noch treffen. Nach ihrem Kongreß im Mai jedoch, dem ersten nationalen Kongreß nach zweieinhalbjähriger Unterbrechung, bei dem es noch zu einer Reihe teilweise scharf formulierter Resolutionen kam, sieht sich auch diese Gewerkschaft so bedrängt, daß sie praktisch handlungsunfähig ist. Rund 400 Delegierte trafen sich in Corocoro. Sie verurteilten das Anwachsen der privaten Zinnproduzenten und forderten eine spürbare Steigerung des täglichen Lohnsatzes. Ferner drohten sie mit einem unbefristeten Streik für den Fall, daß die Regierung ihren Forderungen nicht nachkomme. Als Affront mußte es wirken, daß sie den langjährigen Führer der Bergarbeitergewerkschaft, *Juan Lechin Oquendo*, und zwei seiner früheren Stellvertreter, die alle drei seit mehreren Jahren im Exil leben, wiederum in die alten Führungspositionen hineinwählten. Kurz darauf kam es aber zu der entscheidenden Auseinandersetzung, als sich Minenarbeiter und Studenten zu gemeinsamen Demonstrationen entschlossen, begleitet von Streik und Besetzungen. Auslöser war das Bekanntwerden der Ermordung des in Argentinien im Exil lebenden Vorgängers von Präsident Banzer, des „linken“ Generals *Juan José Torres*, am 3. Juni 1976. Der Protest entzündete sich daran, daß Banzer die Überführung der Leiche des Ermordeten nach Bolivien untersagte. Daraufhin beschlossen die Bergarbeiter ein symbolisches Begräbnis für den verstorbenen Ex-Präsidenten. Dieses Vorhaben wiederum verhinderte General Banzer mit der militärischen Besetzung der fünf wichtigsten Minen des Staatsbetriebes COMIBOL und mit der Verhaftung von 14 Gewerkschaftsführern. Nach der Solidarisierung der Studenten kam es zu vorübergehender Schließung der Universitäten, das Militär ging mit brutaler Gewalt gegen Studenten und Angehörige der Streikenden vor, die die von Soldaten Abgeriegelten mit Verpflegung und Medikamenten versorgen wollten. Die Unruhe stieg unaufhörlich, die Forderungen weiteten sich aus: massive Lohnerhöhungen, Rückgabe der Rundfunksender und Gewerkschaftslokale, Abzug des Militärs aus den Minen. Der Ausnahmezustand wurde als Antwort darauf erneut verhängt. Erst nach mehreren Wochen konnte der Konflikt durch Zugeständnisse in der Lohnfrage einigermaßen bereinigt werden. Das Vorgehen des Militärs auch gegen Frauen und Kinder jedoch hat in den Schichten der ohnehin verbitterten Bergarbeiterfamilien die Opposition gegen die Regierung noch anwachsen lassen. In früheren Jahrhunderten mußten sie unter unglaublich schlechten Bedingungen für die Spanier die riesigen Silbervorkommen in Potosí abbauen, heute arbeiten rund 55 000 Bolivianer zumeist in den für das Land so wichtigen Zinngruben. Obwohl die meisten großen Betriebe heute verstaatlicht sind, hat sich das Los der Bergarbeiter nur wenig geändert. Zwar gesteht man ihnen einige Sonder-

vergünstigungen bei Unterkunft und Verpflegung sowie im Gesundheitswesen zu, doch sind die gesundheitlichen Risiken gleichzeitig so groß, daß dies wohl kaum ein angemessener Ersatz für ihren Einsatz ist. Die durchschnittliche Lebenserwartung des silikosegefährdeten Bergarbeiters liegt bei knapp 40 Jahren. Die von der Regierung weiterhin niedrig gehaltenen Löhne stehen im krassen Gegensatz zu der Tatsache, daß die Minenarbeiter drei Viertel aller Deviseneinkünfte des Landes erarbeiten. Der Unruheherd bleibt bestehen.

Die durch Che Guevara 1967 bekanntgewordene Guerillatätigkeit im Lande dagegen scheint kaum noch eine akute Bedrohung der gegenwärtigen Regierung darzustellen. Zwar hört man hin und wieder noch von einzelnen Aktionen, im April 1976 wurde ein Stützpunkt in La Paz und im September 1976 in Cochabamba ausgehoben. Die meisten der ehemals aktiven Guerilleros haben sich jedoch nach Argentinien abgesetzt. Die große Masse der Landbevölkerung kann nicht wie die Bergarbeiter auf eine feste Organisation zurückgreifen. Politische Meinungsäußerungen von ihnen sind deshalb selten. Beeinträchtigungen von Ruhe und Ordnung hat Präsident Banzer von dieser Seite also nur wenig zu befürchten.

Fünfjahresplan von magischer Bedeutung

Auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufschwungs hat die Regierung wichtige Schwerpunkte gesetzt. So bemüht sie sich darum, die staatlichen Minen mit ihrer zumeist veralteten Ausrüstung rentabler zu machen. Gleichzeitig versucht sie alles, um die zur Zeit noch auf dem Altiplano, dem Hochland mit geringen Anbaumöglichkeiten, konzentrierten Indio Stämme in die tiefer gelegenen nördlichen und östlichen Gebiete umzusiedeln. Drittens setzt sie ihre ganze Planung auf die Erschließung weiterer Erdöl- und Erdgasquellen. Nur mit diesem geschlossenen Vorgehen auf verschiedenen Ebenen hofft man, endlich das seit Jahrhunderten dem Land anhängende Odium eines „Armen auf einem Goldschatz“ ablegen zu können.

Um den im vorigen Jahr verabschiedeten Fünfjahresplan (Plan de desarrollo económico y social 1976–1980) verwirklichen zu können, ist Bolivien neben den Eigenleistungen auf finanzielle Hilfe und auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen. Hauptziele des Planes sind die Verstärkung des inneren Zusammenhaltes des Landes durch eine Verbesserung der Infrastruktur, der Übergang von einer einseitig vom Rohstoffexport abhängigen Wirtschaft zu einer ausgeglicheneren, zur gewerblichen Weiterverarbeitung und höheren internen Wertschöpfung fähigen Struktur, die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und gerechte Verteilung des dadurch entstehenden Einkommenszuwachses (Nachrichten für Außenhandel, 23. 11. 76). Im einzelnen will man dieses Ziel durch ein geringeres Wachstum der Dienstleistungen bei beschleunigter Entwicklung der Güterproduktion, durch eine Ausweitung und breitere Streuung der Ausfuhr sowie

selektive Importsubstitutionen erreichen. Zudem soll die landwirtschaftliche Produktion mit dem Ziel der Selbstversorgung und Verbesserung der Ernährungssituation ausgeweitet und die zum größten Teil noch in Subsistenzwirtschaft lebende Landbevölkerung Zug um Zug in die Volkswirtschaft einbezogen werden.

Das Land ist zur Verwirklichung der Pläne neben dem nötigen Kapital vor allem auf eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen und damit der Transportmöglichkeiten angewiesen. Natürlich gehört der direkte Zugang zum Meer an die Spitze der Bemühungen. Aber auch die Entwicklung des Straßen- und Eisenbahnnetzes ist dringend erforderlich. 1974 hatte Bolivien erstmals seit vielen Jahren in der internationalen Zahlungsbilanz große Überschüsse zu verzeichnen. Dies berechtigte zu der Hoffnung, man könne einen großen Teil des Kapitals selbst aufbringen. Doch 1975 kam der Rückschlag. Die Ausfuhren sanken infolge geringerer Weltmarktnachfrage um 20 Prozent, und die niedrigeren Marktpreise verringerten bei allgemein gestiegenen Kosten für den Import von Fertigwaren die Einnahmen. Die Gewinne aus der Erdölausfuhr gingen sogar um 30 Prozent zurück. Ursache dafür waren niedrigere Preise, erhöhter Eigenbedarf und Produktionsrückgang.

In dieser Situation bemühte sich die Regierung nicht ohne Erfolg, bei den kommunistischen Ländern die Exportanteile zu steigern. Zwar gehen auch heute noch rund 40% aller Mineralausfuhren in die USA, doch steigerte sich der Anteil der kommunistischen Länder auf mehr als 9 Prozent. Mehrere von ihnen beteiligen sich heute an der Entwicklung des Landes durch den Bau kompletter Fabrikanlagen. Da zählt wenig, daß der Erste Sekretär des ZK der verbotenen KP Boliviens, *Jorge Kalle Cueto*, bei seinen Reisen nach Osteuropa immer wieder darauf verweist, daß in Bolivien die Bevölkerung „desorientiert und manipuliert“ wird: „Der ideologische Angriff richtet sich in erster Linie gegen die Kommunisten, gegen unsere Partei und die Länder des Sozialismus“ (zit. nach: Neues Deutschland, 23. 3. 76).

Richtig ist, daß das Land insgesamt sehr aufgeschlossen gegenüber allen Hilfsangeboten ist. So findet man neben deutscher Entwicklungshilfe, die derzeit auf die Schwerpunkte Zinn- und Antimonverarbeitung sowie Wasser- und Abwasserversorgung konzentriert ist und durch den Einsatz deutscher Entwicklungshelfer hauptsächlich im landwirtschaftlichen Bereich ergänzt wird, Hilfe aus fast allen westlichen Ländern. Nationalchinesen und Japaner geben Ratschläge für Reis- bzw. Teeanbau, die DDR bildet Experten im Hüttenwesen aus, die ČSSR baut ein mit deutschen Mitteln finanziertes weiteres Hüttenwerk auf, israelische Experten sollen bei der Einführung einer Art Kibbuz-System helfen.

Notwendige Reformen

Die Energieversorgung ist augenblicklich noch kein Problem, allerdings hat nur ein Teil der Städte überhaupt elek-

trischen Strom. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Beseitigung der Abwässer gehören schon allein wegen der gesundheitlichen Gefährdung zu den vorrangigen Aufgaben der nächsten Zeit. Die Verwirklichung der langfristig gestellten Ziele wird sich aber nur erreichen lassen, wenn im Erziehungswesen, bei der Arbeitsplatzbeschaffung und im Gesundheitswesen grundlegende Reformen durchgeführt werden. Zwar behauptet die Regierung, heute würden bereits 60 Prozent des Nationaleinkommens für den Titel *Erziehungswesen* im Haushalt verwandt. Kenner der wirklichen Situation glauben jedoch, daß dies nur zu 30 Prozent der Fall ist. Sicherlich verweist die Regierung zu Recht darauf, daß seit 1971 rund 2000 Landschulen neu gebaut wurden und daß heute rund 70 Prozent der schulpflichtigen Kinder auch wirklich in die Schule gehen. Die Behauptung jedoch, in dem gleichen Zeitraum habe die Analphabetenquote von 60 auf 30 Prozent abgenommen, glaubt niemand. Ein Handicap ist zudem, daß augenblicklich noch die meisten Schulen humanistisch ausgerichtet sind und technische Fächer praktisch kaum berücksichtigen.

Die *Arbeitslosigkeit* stellt ein weiteres momentan unüberwindliches Problem dar. Man hofft, ihr mit zunehmender Industrialisierung begegnen zu können, doch sind die Prognosen dafür nicht sehr günstig. Am schlimmsten wirkt sich die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen aus. Die Zahl, wonach 60 Prozent der Jugendlichen keine Arbeit haben, gewinnt noch an Bedeutung, wenn man erfährt, daß 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung unter 25 Jahren alt ist. Bisher gingen die Bemühungen um diese Jugendlichen in erster Linie von den Kirchen und privaten Organisationen aus. Erst seit dem letzten Jahr kümmert sich auch die Regierung gezielt um dieses Problem. Sie versucht zunächst einmal, die Jugendlichen zur Arbeit auf dem Lande zu motivieren. Denn auch bei ihnen wirkt sich der Sog in die Städte aus. Es kommt einem Skandal nahe, wenn sich rund 270 Ärzte zu einer Gewerkschaft der arbeitslosen Ärzte zusammenschließen, nur weil sie sich weigern, die Hauptstadt La Paz zugunsten der Landbevölkerung zu verlassen. Dort ist die *ärztliche Versorgung* noch sehr mangelhaft. Hohe Kindersterblichkeit und geringe Lebenserwartung sind die Folgen. Allein gut organisierte Impfaktionen und andere präventivmedizinische Maßnahmen könnten helfen, einen hohen Prozentsatz der Krankheiten zu vermeiden. Doch dafür steht nicht genügend Personal zur Verfügung. 2140 Ärzte und 900 Zahnärzte sowie 1500 Krankenschwestern stehen insgesamt zur Verfügung. Für 1000 Patienten gibt es in den Krankenhäusern nur 2 Betten. Man hat ausgerechnet, daß ein Arzt für jeweils 1000 Patienten ganze drei Stunden im Jahr Zeit hätte, wenn jeder Bolivianer einmal jährlich zum Arzt ginge. Die Regierung rechnet nun damit, daß ihr auf diesem Gebiet besonders von den Kirchen verstärkt geholfen wird. Eine äußerst problematische Angelegenheit ist das vom „Instituto Nacional de Colonización“ (INC) geförderte Umsiedlungsprogramm für Quechua- und Aymara-Indianer aus dem kargen Hochland (Altiplano) in die dünn besiedelten tiefer gelegenen nördlichen und östlichen

Urwaldregionen. Sicherlich könnte von dort aus eine vielleicht blühende Zukunft des Landes entstehen, da das Gebiet äußerst fruchtbar ist. Doch die bisherigen Bemühungen des INC um die Ansiedlung der Indios zeugten von wenig Verständnis für die mit einer solchen Verpflanzung verbundenen Probleme. Es fehlt sowohl an einer ausreichenden Vorbereitung als auch an einer sachgemäßen Einweisung und nachfolgender Betreuung. Die Infrastruktur ist vorläufig gänzlich unterentwickelt. Viele Indios, die an die Hochebene gewöhnt waren, fühlen sich unwohl in der fremden Umgebung. Sehr viele werden krank, besonders die auch unter den Indios des Altiplano verbreitete TBC bricht hier aus, während sie in der Höhe nicht zum Ausbruch kommt. All diese Umstände haben das Bild eines Neokolonialismus verstärkt, die Unzufriedenheit unter den Betroffenen jedenfalls ist nicht zu übersehen. Das wilde Roden durch Abbrennen der Urwaldfläche dürfte in Zukunft noch katastrophale Folgen haben. Welche Bedeutung die Regierung der Ansiedlungspolitik beimißt, zeigt sich daran, daß man im Planungsministerium bereits von der Gründung einer neuen Hauptstadt in dieser Region nach dem Vorbild von Brasilia spricht. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß die derzeitige Regierung die ungeheuren Probleme der Entwicklung gezielt anzugehen versucht und bereits beachtliche Erfolge verbuchen kann, bisher jedoch nicht in der Lage oder willens war, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und die Grundrechte zu wahren.

Die Kirche wird „unbequem“

Wie verhält sich nun die katholische Kirche all diesen Entwicklungen gegenüber? Es ist erstaunlich, wie schnell sie sich umstellte und wie aus anfänglicher Unterstützung für Banzer schon bald eine äußerst kritische Haltung den neuen Machthabern gegenüber entstand. Bereits unter der Regierung Torres zeigte sich ein erster Wandel. Der sogenannte „progressive“ Flügel der Kirche Boliviens hatte damals sehr große Handlungsfreiheit. Und die Bischöfe, die bis dahin die Aktivitäten z. B. der „Priester der Dritten Welt“ verurteilt hatten, zeigten nun plötzlich Verständnis für deren Ideen. Ein entscheidender Wendepunkt ergab sich im Juli 1971, als Kardinal *Clemente Maurer* von Sucre dem bolivianischen Volk ein Dokument vorlegte, in dem er den Vorschlag machte, die Kirchenschätze den Armen zur Verfügung zu stellen. Die Reaktionen auf diesen Appell waren damals sehr zwiespältig. Die Diskussion über diesen Vorschlag dauerte bis in die Zeit der Regierung Banzer. Während und nach dem Putsch von 1971 hielt sich die Kirche zunächst auffallend mit Kommentaren zurück, dann in einer zweiten Phase waren durchwegs vorsichtig-positive Erklärungen zu den Zielen der neuen Machthaber zu hören. Das änderte sich jedoch, sobald auch kirchliche Einrichtungen von Durchsuchungen betroffen und die Verhaftungen und Folterungen in den Gefängnissen offenbar wurden. Zunächst hatten die Bischöfe gehofft, Banzer werde nicht nur die ersehnte Ruhe und Ordnung

schaffen, sondern auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich für Reformen sorgen.

Je mehr Erwartungen und Realität auseinanderklafften, desto offener wurde die Kritik seitens der Kirche. Banzer mußte erkennen, daß sich die Kirche des Landes nicht vorbehaltlos hinter ihn stellt und daß sie nicht bereit war, zu schweigen angesichts des häufigen Machtmißbrauchs und des Fortbestehens der sozialen Gegensätze. Anfang 1973 beispielsweise veröffentlichten rund 100 Priester und Ordensfrauen einen Offenen Brief, in dem es u. a. hieß: „Die Leiden unseres Volkes und die blutigen Unterdrückungen wachsen mit jedem neuen politischen Umsturz.“ Mordanschläge und Erschießungen geschähen mit Unterstützung oder mit Wissen der Regierung. Folterungen und psychischer Terror würden systematisch eingesetzt, um oppositionelle Personen oder Gruppen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Die damals erhobenen Vorwürfe haben bis heute Gültigkeit und finden sich in ständig neuen Erklärungen und Protesten der Kirche wieder: politische Abhängigkeit der richterlichen Gewalt, Korruption in Regierungs- und Wirtschaftskreisen sowie ausländische Einflußnahme aus Gewinnsucht.

Durch die Gründung einer äußerst aktiven *Justitia-et-Pax*-Kommission im Januar 1973 verstärkte sich das kirchliche Engagement auf diesem Gebiet der Bewußtseinsbildung und des Einsatzes für grundlegende Reformen sehr. Bald wurde die Kommission zur Hauptziel-scheibe der staatlichen Gegenpropaganda. Das hinderte die Bischöfe jedoch nicht, weiterhin massiv Fehlentwicklungen und Mißbrauch der Macht zu brandmarken. Sie setzten sich für eine Generalamnestie für alle politischen Häftlinge ebenso wie für die Garantie ausreichender Ernährung, Arbeitsplätze, gerechte Löhne und aktive Beteiligung aller Bolivianer am politischen Leben ein. Dieser Einsatz der Kirche und die Welle von Streiks im Jahre 1974 nahm die Regierung dann zum Anlaß, den Ausnahmezustand zu erklären. Damit verbunden war eine gezielte Kampagne gegen die Kirche, besonders aber gegen Erzbischof *Jorge Manrique* von La Paz und die Führungsspitze der *Justia-et-Pax*-Kommission.

Der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzungen lag im Jahre 1975, als sowohl die beiden Vorsitzenden der Kommission wegen angeblich „subversiver Tätigkeit“ des Landes verwiesen wurden und die Bischofskonferenz eine Umorganisation dieses Gremiums vornehmen mußte. Gleichzeitig wurde ein regierungsinternes Dokument mit Richtlinien für die systematische Ausschaltung der Kirche bekannt (vgl. HK, September 1975, 480). Die Diffamierung ist so angelegt, daß man der Kirche kommunistische Unterwanderung vorwirft. Deshalb greift man in den Medien auch in erster Linie das soziale Engagement der Kirche an. Die Vorgänge des Jahres 1975 (vgl. die Dokumentation in HK, Dezember 1975, 625 ff.) veranlaßten den früheren Präsidenten *Luis A. Siles*, zu der Aussage: „In 150 Jahren bolivianischer Geschichte war kein Regime so hart gegen die Kirche, ihre Organisationen und Prinzipien wie das von Banzer“ (NCNS, 8. 4. 75).

Entwicklungsfachleute geben heute unumwunden zu, daß von seiten der Kirche ein nicht zu ersetzendes Stück Entwicklungsarbeit geleistet wurde und geleistet wird. Das reicht von der Gründung von Genossenschaften über den Betrieb von Radioschulen bis hin zu Gesundheitsdiensten und Schulen. Innerkirchlich geht es derzeit in erster Linie um eine stärkere Berücksichtigung der Indio-Tradition und -Kultur, um die Schaffung einer einheimischen Kirche. Die gesamte Pastoral für die Indios wird neu überdacht, Priester aus ihren Reihen ausgebildet. Hier könnte die Kirche zugleich Vorbild für den staatlichen Sektor sein. Es geht um die Verbindung von Überlieferung und Moderne, um Integration ohne Bruch. So hat die Kirche bei ihrer Bestandsaufnahme davon auszugehen, daß für die Indios der katholische Glaube weiterhin vermischt ist mit Inka-Kultur und indianischen Gebräuchen. Sie haben weiterhin ihre „pachamama“ (Mutter Erde) und ihre „achechillas“ (Götter der Berge). Ein katholischer Indio erläuterte dies so: „Unser Volk nimmt vom Katholizismus, was es will ... Wir haben eben Jesus Christus an die Stelle der Sonne gesetzt“ (zit. nach LADOC, Jan./Febr. 1976).

Daß die Regierung den Standpunkt der Kirche auch heute noch nicht gänzlich unbeachtet lassen kann, zeigte sich

Ende vorigen Jahres. Unermüdlich hatten die Bischöfe darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung unter Druck ausländischer Regierungen und Hilfsorganisationen Familienplanungsprogramme übernommen hatte, die auf eine radikale Drosselung des Bevölkerungszuwachses hinauslaufen. Nachdem die Bischofskonferenz Kopien der entsprechenden Verträge publiziert hatte, aus denen klar hervorging, daß die Geburtenregelung als Bedingung für die Gewährung von Hilfe ausgehandelt worden war, gab die Regierung den Tatbestand zu und erklärte offiziell eine Rücknahme dieser Programme. Der Kirche ging es dabei nicht um eine erneute Kraftprobe, wohl auch weniger um *Humanae vitae*, sondern eher darum, herauszustellen, daß Bolivien in erneute Abhängigkeit gerät, daß hier einem Land der Dritten Welt in gewohnter Art von einem Industrieland etwas aufgezwungen wird. Schließlich aber hatten die Bischöfe das Argument auf ihrer Seite, daß Bolivien ja keineswegs überbevölkert ist und daß ein offensichtlicher Widerspruch zwischen dieser Politik und dem ständigen Werben der Regierung um – allerdings – weiße Einwanderer besteht. Der Erfolg der bischöflichen Aktion läßt zumindest hoffen, daß auch in Zukunft die unbequeme Stimme von dieser Seite noch gehört wird.

Norbert Sommer

Themen und Meinungen im Blickpunkt

Kirche und demokratischer Sozialismus

Der folgende Artikel geht auf ein Gutachten zurück, das vom Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Bundeskanzler Bruno Kreisky, im Rahmen der Vorarbeiten zur Revision des Parteiprogramms von 1958 erbeten worden war. Der Autor, P. Herwig Büchele, ist Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs. Sowohl wegen seines pointierten theologischen Ansatzes wie in den Schlußfolgerungen für das Verhältnis von demokratischem Sozialismus und Kirche dürfte der Beitrag im gesamten deutschen Sprachraum von Interesse sein.

A. Das Verhältnis Kirche und demokratischer Sozialismus, gesehen aus der Perspektive des Heilsauftrags der Kirche

1. Gott gibt in seiner Menschwerdung sich selbst: restlos und ungeteilt. Sein Wort ist unbedingte Handlung der Liebe, die nicht das Ihrige sucht, sondern um der Erlösung willen, mit dem Schicksal der Welt solidarisch wird. Die Kirche ist als „Subjekt“ die Gemeinschaft, die die göttliche Selbstmitteilung in der Geschichte verantwortet, und zwar

im vorbehaltlosen Mitvollzug dessen, was von Gott her an allen geschieht. Deshalb steht ihr Ja zum Dienst Gottes an der Welt im Ort des „ganzen Menschengeschlechts“ (Thomas von Aquin).

Kirche ist daher Mit-Dienst mit Christus an der Erlösung und Befreiung aller Menschen. „Wenn Gott in Christus sein Leben für uns dahingegeben hat, müssen auch wir unser Leben für die Brüder hingeben“ (1 Joh 3, 16). Die Aufgabe der Kirche (in der doppelten Bedeutung von Aufgabe: „Sich-weg-geben“ und „Worauf-hin“ als Ziel) liegt im alles verwandelnden Hineinsterven in die Welt, im Tun des unbedingten Einsatzes Gottes in Jesus Christus für die Welt, damit die Welt in das unbedingte Ich-Du-Wir der Liebe hinein transsubstanziert werde.

Das Wir der Liebe ist nicht in Sektoren zerspalten: die Bourgeoisie, das Proletariat, die Juden, die Heiden, die Sozialisten, die Revisionisten, die Konservativen, die Neger usw. Die Universalität des kirchlichen Wir der göttlichen Liebe ist mitten in allen Dissoziationen, Spaltungen, Feindschaften gekreuzigt und auferstanden gegenwärtig.

2. Jesus vertieft unseren sehr vordergründigen Begriff des